

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

43 (27.1.1919) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen

Eigentum und Verlag von Ferd. Schönbauer. Chefredakteur: Albert Berger. Verantwortlich für alle Redaktionen: Anton Hubold, bad. Volkst. Volkes und allgem. Zeit. u. Anz. v. Siedendorf, bad. Chronik u. Anz. v. Siedendorf, für den Anzeigenteil: A. Rindler-Schjerve, sämtl. in Karlsruhe u. d. Berliner-Verlagung: Berlin W. 10.

Die Spalten, Kolonnen etc. Die Anzeigenpreise sind in der Zeitung an 1. Stelle 1.50 M. die Zeile, außerdem 50% Teuerungszuschlag. Bei Abrechnung nach dem Monat, bei der Abrechnung nach dem Viertel, bei der Abrechnung nach dem Halbjahr, bei der Abrechnung nach dem Jahr.

Nr. 43.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 80.

Karlsruhe, Montag den 27. Januar 1919.

Telefon: Redaktion Nr. 809.

35. Jahrgang.

Wilhelm II.

(Zu seinem 60. Geburtstag.)

Karlsruhe, 27. Jan. Ein Vereinsamter kostet in der Fremde die Bitterkeit eines Tages aus, der für ihn noch mehr als für andere Menschen ein festlicher hätte sein können. Wilhelm der Zweite wird heute 60 Jahre alt. Das deutsche Volk wird den 27. Januar niemals wieder sich daran erinnern, daß es diesen Tag, wenn Frieden geblieben wäre, oder der Krieg einen anderen Ausgang genommen hätte, mit doppelter Pracht und — leider auch — mit einem Ueberflusse pompöser Selbstdarstellung begangen hätte.

An diesen Gegenstand des Erinnerns und des Wirklichen, an den Hintergrund zwischen dem eigenen früheren und jetzigen Ich sollte der Deutsche denken, um die Schicksalsgemeinschaft zu begreifen, die ihn mit dem Gestirnen verband. „Langsam, langsam“, sagt Renan, „träufelt Bernium in die Welt...“ Vielleicht, daß — einst — auch etwas Gerechtigkeit in sie kommt.

Der Zeitpunkt dieses Eins ist noch weit, und Gerechtigkeit die Legende, die der Europäer, der Deutsche von heute am wenigsten glaubt. Die „Welt“ spricht über den Kaiser ihr Schicksal; die überaus große Zahl der Deutschen, die früher den Staub von den Stufen des Thrones lösten, spricht es mit. Die Sieger verlangen Auslieferung, Gerichtsverfahren, Verbannung; Schlimmeres. Sie belassen unheimlich die Verantwortlichkeit eines einzigen Menschen mit einem Weltgeschick. „Wilhelm“ ist ihnen die Lösung für jede fluchenswerte Tat.

Auch mer die Dinge nicht kindisch und bössartig vereinfacht, wird Wilhelm den Zweiten nur im Willenssinn einen Schuldlosen nennen dürfen. Die Taten und Worte des Kaisers waren ein Teil der Urkatastrophe, die uns dort hinbrachten, wo wir sind; wie er selbst ein Teil dieser Kraft war, die in Deutschland seines Zeitalters (meistens) das Gute wollte und das Böse schuf. Im Kaiser wurde die Machtanwendung des Hofes, die Uppigkeit und Schaulust, aber auch das besonnenste, die größte Kraftbewußtheit und die Weisheit des weltstaatlichen Denkens zum — immerhin — vererbten Ausdruck. Wäre die Uebertragbarkeit, mit der man ihn feierte, nichts als das Heucheltum der Streber gewesen, so würde auch das ihn entlasten. Aber ein Teil des Ueberflusses war je eckig und bewies, daß Millionen des deutschen Volkes diesem Odipus verdammt sich hätten und waren. Wilhelm der Zweite stand an die „herrlichen Tage“; Millionen glaubten mit ihm. Er wollte den Frieden, obwohl das Ergebnis seiner anmaßlichen Gebärden der Krieg sein mußte. Er tat sein Möglichstes, um die durch falsche Friedenswürdigkeiten ausländische Mächte zu enttäuschen; und unzählige Deutsche waren tatsächlich enttäuscht. Seine Frömmigkeit, auch in der Verherrlichung des Inwendigen, sein ganzes, so wirkungsbedürftiges Empfinden war nicht jemals der Glaube des Dilettanten an sein Künstlerum nicht ist. Die nahe Umgebung aber zog um den Schwereubehandelnden einen Kreis, der noch in den Tagen des Zusammenbruchs seinen Strahl der Wirklichkeit durchließ.

Es ist nicht Gesinnungslosigkeit, noch Verrat, wenn viele, die bis zum Ende des Krieges die Monarchie für die dem Deutschen zweckmäßigste Staatsform hielten, jetzt eine Wiederkehr des Kaiserturns für unmöglich erklären. Die Tatsachen haben gerichtet. Sämtlich aber wäre es, über der Bitterkeit des Unheils die Pflicht zur Gerechtigkeit zu vergessen. Der Anteil, den Wilhelm II. an den Irrtümern des deutschen Volkes hatte, ist gemindert durch seinen Anteil an dem Seelenleid, das ihm samt allen Deutschen, den dunkelsten aller Kaiserstages verleben läßt.

W.B. Berlin, 27. Jan. Dem Kaiser widmen die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“, „Tägliche Rundschau“, „Deutsche Zeitung“, „Neueste Nachrichten“ und „Berliner Lokal-Anzeiger“ Artikel zum 27. Januar.

W.B. Bern, 26. Jan. Der Progres de Lyon glaubt werden zu können, daß der amerikanische Bericht über die Frage der Bestrafung des Kaisers milder gehalten sei, als die Berichte der übrigen Mächte. Gewisse amerikanische Kreise seien der Ansicht, daß die Verbannung auch ohne Bestrafung hart genug wäre. Auch würde die Bestrafung des ehemaligen Kaisers an den Ursachen des Krieges nichts ändern.

Um die deutsche Verfassung.

W.B. Berlin, 25. Jan. Im Furdorantsaal des Reichstags des Innern begann heute eine unerschöpfliche Ausdehnung der Beratungen über die deutsche Verfassung über den Entwurf der künftigen Reichsverfassung, wie er durch den Staatssekretär Preuß vorgelagt worden ist. Die Sitzung an der die gesamte Reichsregierung, der Reichsrat und die Vertreter der Reichstagsmitglieder teilnahmen, wird von dem Vizepräsidenten Dr. Bartsch geleitet. Die Verhandlung besetzte sich zunächst mit dem ersten Teil des vorerläuterten Entwurfes, mit der Frage nach der Abgrenzung und der Stellung der einzelnen Reichsteile innerhalb des Reichsgesetzes. Der Staatssekretär unterbreitete in seinem einleitenden Ausführungen die folgende Ansicht: „Das Reich als Einheitskörper zu gestalten. Soweit die jetzt bestehenden Einzelstaaten bisher Lebensnotwendigkeit des Reiches entgegenstehen, müßten sie sich eine Umgestaltung gefallen lassen. Der Staatssekretär betont, daß die Einbringung des Entwurfes gerade in der Woche vor der präsidenten Wahl in die Diskussion lediglich eine gewisse Gerechtigkeit gebietet habe. Er wendet sich besonders gegen die Kritik, die an dem die Angelegenheiten der Bundesstaaten betreffenden § 11 des Entwurfes geübt werden ist und behauptet, daß durch diesen Paragraphen das Bestehen einzelner Bundesstaaten, die sich selbstständig zu machen, ein Bestehen das sich hier und da schon gezeigt habe in ein geordnetes System geleitet werden solle. Selbstverständlich könne die Neubildung von staatlichen Zusammenhängen nur nach dem Wunsche der betreffenden Volksteile vorgenommen werden. Sie dürfe aber keineswegs durch Fiktion der Regierung herbeigeführt werden. Die Reichsregierung beanspruche darum auch nicht etwa das Recht die Neugruppierung des Reiches von sich aus zu verfügen.“

Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner bringt zur Geschäftsordnung im Namen der süddeutschen Staaten, einbezogenen Sachem, den Vorschlag eines Notgesetzes ein, durch dessen Annahme die weitere Erörterung des Verfassungsentwurfes sich erübrigen könne. Die Vertreter von Sachsen und Württemberg erklären aber ausdrücklich, daß sie durch ihre Zustimmung zu dem Eisner'schen Entwurf überhört werden wollten.

Gemäß dem entschiedenen Hinwels des Vorsitzenden Ebert, daß unter keinen Umständen durch die Annahme des einen oder anderen Vorschlages die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt werden dürfe und daß es sich bei der heutigen Zusammenkunft der Reichsteile nur um eine unverbindliche Besprechung handeln könne, wird, nachdem auch Herr Eisner sich dieser Auffassung angeschlossen hat, die Diskussion eröffnet.

Als erster Sprecher im Namen des preussischen Staatsministeriums spricht Minister Hirsch. Er betont sich zu der Ansicht, das Reich einheitlicher als bisher auszubauen und erklärt, daß er die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates, die der Entwurf des Staatsvertrages Preuß selber nicht anstrebt, inwieweit es gegenüberstehe. Der gesetzliche Vorschlag aber verjuche, die Einheit des Reiches einseitig und allseitig auf Kosten Preußens zu erzielen.

Als Vertreter von Einhalt wendet sich Minister Heine gegen den preussischen Vorschlag. Er glaubt, daß durch die Verteilung Preußens ein Janusakt in das deutsche Volk hineingeworfen werde und daß es kaum möglich sein dürfte, eine Neugruppierung des Reiches nach den Wünschen des Volkes vorzunehmen, daß vielmehr eine jede detaillierte Neugruppierung die bürokratische Arbeit der jeweiligen Regierung sein werde.

Die weiteren Beratungen zeltigten im allgemeinen eine Ablehnung der beabsichtigten Verteilung Preußens, und zwar erfolgte die Ablehnung unter dem Gesichtspunkte, daß die Kleinstaaten in Deutschland nicht vermehrt werden dürfe, ein solches Vorgehen würde nur den Wünschen Frankreichs entgegenkommen. Durch die Zerstückelung Preußens würde auch der bisher in Preußen erfolgende konstitutionelle Ausgleich in Wegfall kommen und es würde im Westen und im Osten eine rein katholische Republik entstehen, während in anderen Gebieten rein protestantische Republiken geschaffen würden. Damit würde die Gefahr geschaffen, daß der konstitutionelle Gegenstand wieder stärker hervortreten könnte. Bismarck, wie z. B. durch das Mitglied Landsberg, wurde das Bekenntnis zum nötigen Einheitsstaat abgelegt. Aber dieses Ziel soll nach Ansicht der Mehrheit der Minister im Wege der Entwicklung erreicht werden. Das Ergebnis der Beratungen war folgender Beschluß:

1. Unter Vorsitz des Staatssekretärs des Innern tritt morgen eine Kommission zusammen, der je ein oder mehrere Vertreter der Einzelstaaten angehören, um den Entwurf eines provisorischen Grundgesetzes zu beraten, welches der Nationalversammlung zur förmlichen Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Das Grundgesetz sieht lediglich die Einsetzung einer Zentralgewalt, Bildung des Reichsministeriums und die Mitwirkung der Regierungen der Einzelstaaten bei der Nationalversammlung vor. 2. Der Kommission wird weiter die vorliegende Verfassungsentwurf zur Beratung übergeben. 3. Die Berichte der Kommission gehen an die Reichsregierung.

Aus diesem Beschluß ist zu erkennen, daß dadurch der Vorschlag von Eisner paralytisch wird und daß die einzelstaatlichen Regierungen an der Organisation der Nationalversammlung entscheidend mitbeteiligt werden, während bis jetzt diese Frage nur von dem Räte der Volksbeauftragten geregelt wurde. Weiter kommt in dem Beschluß zum Ausdruck, daß der von dem Staatssekretär Dr. Preuß vorgelegte Verfassungsentwurf einer wesentlichen Umarbeitung unterzogen werden wird.

W.B. Berlin, 26. Jan. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Preuß hat heute Sonntag die aus Vertretern sämtlicher deutscher Einzelstaaten bestehende Kommission tagend, um über eine provisorische Verfassung zu beraten. Es ist ein Beschluß zustand gekommen. Er unterliegt der Zustimmung der Reichsregierung.

Einzelheiten über den Inhalt des erstigen Beschlusses der Freistaatenkommission über die provisorische Verfassung, sollen erst nach Zustimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden. Der Beschluß soll mit großer Mehrheit gefaßt worden sein. Man hoffe dadurch, wie die „Post-Zeitung“ sagt, ein gutes Stück weiter auf dem Wege zur schnellen Schaffung einer Zentralgewalt für das Reich zu kommen.

Zur Lage im Osten.

W.B. Berlin, 27. Jan. Wie verschiedene Morgenblätter melden, haben die Polen Bomsit und Anrühstadt kamplos besetzt. Sie führten Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bomsit bildet eine Bedrohung des Bahnhofes von Bensch, von dem die Stadt in südwestlicher Richtung nur etwa 12 Kilometer entfernt ist.

W.B. Bromberg, 25. Jan. (Amtlich.) Bandenansammlungen in Mittenberg, Eichhorst und Brühl wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden interneren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeburg und Umgebung.

W.B. Bikan, 27. Jan. Wie nach Säuberung Ostlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen befehligten Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft bestialisch gewütet. In Dorpat sind über 300 Angehörige der bürgerlichen Kreise von ihnen ermordet worden. Im Kreise Wessenberg nahe zu 300. Inzwischen ist erfreulicherweise auch ihre Vormacht in Kurland in Richtung auf Bihau zum Stillstand gebracht worden. In einem Offensivstöße haben am 25. und 26. Jan. die reichsdeutschen Freiwilligentruppen, die über die Windau vorgegangen, an Zahl weit überlegene bolschewistische Abteilungen über den Rückzug zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten einen erheblichen Verlust und ließen beträchtliches Material in den Händen der Deutschen. Die deutschen Verluste sind gering.

Verlagen des russischen Kommunismus.

W.B. Berlin, 27. Jan. Ueber Schweden wird der „Berl. Morgenpost“ mitgeteilt, daß der russische Kommunismus von der Nationalisierung des Bodens zurückgekommen sei. Er betrachtete sie als mißlungen.

Die Ukrainer vor Lemberg.

o Fürth, 27. Jan. (Privat.) Das „Poin. Preßbüro“ meldet: Ukrainische Truppen bombardieren mit größter Heftigkeit die Stadt Lemberg. Eine große Anzahl Personen wurden durch Granaten getötet, viele Häuser beschädigt. Es sind mehrere

große Brände durch das Artilleriefeuer ausgebrochen. Der frühere Chef der englischen Militärmission, Oberst Wade, hat Lemberg verlassen. Er kehrte nach Krakau zurück.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Alliierten und Rußland.

W.B. Paris, 25. Jan. Die „Humanité“ sagt: Die Regierung von Moskau habe auf den Vorschlag der Friedenskonferenz geantwortet. Die Bolschewisten seien der Ansicht, die Prinzipien seien zu weit entfernt, doch lehnten sie im Prinzip eine Konferenz nicht ab.

Lyoner Wähler glauben, Wilson werde nur eine russische Regierung anerkennen, die die russische Staatsmacht übernimmt. Die im Auslande befindlichen 33 Milliarden russischer Werte könnten bei derartigen Beschlüssen in die Wagschale fallen.

Berufung der Mittelmächte.

W.B. Berlin, 27. Jan. Der Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz will, wie es in verschiedenen Morgenblättern heißt, melden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittelmächte Ende oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Regierung habe.

Sitzungen der Friedenskonferenz.

W.B. Paris, 25. Jan. (Sana.) Die Ministerpräsidenten und Minister des Neuhern der alliierten Staaten hielten am Freitag zwei Sitzungen ab. Der erste Teil der morgigen Sitzung wird Besprechungen des Obersten Kriegesrates zum Inhalt haben. Marshall Foch und Haig, sowie Verhagen und Diaz wurden gefragt, welche Truppenzahl während des Waffenstillstandes an der Westfront bleiben müßten, obwohl man wünscht, daß die Mannschaften in ihre Heimat zurückkehren sollen. Man kam überein, noch eine Anzahl Divisionen auf Kriegesfuß zu belassen, um die Zentralmächte zwingen zu können, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

Die Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen erkannten den von Wilson vorgeschlagenen feierlichen Protest gegen alle diejenigen an, die Gewalt anwenden, um sich in den Besitz von Gebieten zu setzen, über die allein der Kongreß selbst zu entscheiden habe. Die polnische Regierung habe sich nicht damit begnügt gegen die Bolschewisten zu kämpfen, sondern habe ihre Kräfte gegen die Deutschen und die Chinesen verzetelt.

Wilson, die Ministerpräsidenten und die Außenminister versammelten sich gestern nachmittag von 2 Uhr bis 5 Uhr 30 Minuten im Ministerium des Neuhern. Zuerst wurde die Frage der Entsendung einer Mission nach Polen diskutiert. Es wurde beschlossen, daß ein Entwurf des Programms für diese Mission ausgearbeitet werden soll. Darauf trat der Rat in die Prüfung der mit der Eroberung der deutschen Kolonien verknüpften Fragen ein und hörte den Ministerpräsidenten von Kanada, Gordon, den australischen Ministerpräsidenten Hughes, General Smuts, den Vertreter der südafrikanischen Kolonie, General Botha und den Ministerpräsidenten von Neuseeland, Massey, an. Alle diese Deputierten legten die Interessen der Dominions in dieser Frage dar.

Die nächste Sitzung der alliierten Minister findet am Montag 10 Uhr vormittags statt.

Die „Times“ melden hierzu aus Paris: Bei den gestern Beratungen über die Kolonien erhob Smuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutschsüdwestafrika. In diesem Punkte herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich Togo, Kamerun und Südostafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Inselgebieten braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoa-Inseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Äquator als südliche Grenzlinie festgelegt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marshall-Inseln erhalten.

Die 2. öffentliche Sitzung des Friedenskongresses.

W.B. Paris, 25. Jan. Reuter. Auf der 2. öffentlichen Sitzung des Friedenskongresses sagte Clemenceau, daß beschlossen worden sei, eine Anzahl von Kommissionen zu ernennen, um die folgenden Punkte zu prüfen: 1. Völkerrecht, 2. Bruch der internationalen Kriegesgesetze, 3. Wiederherstellung der Schäden, 4. Internationale Gesetzgebung über die industriellen und Arbeiterfragen, 5. Internationale Kontrolle der Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen. Er las die Entschlüsse für die Bildung eines Völkerbundes vor und gab dann dem Präsidenten Wilson das Wort.

Wilson trat in bereiter Weise für die Entschlüsse ein. Er sagte u. a.:

„Die öffentliche Meinung der ganzen Menschheit blickt auf uns. Ich kann ohne Uebertreibung sagen, daß wir nicht die Vertreter der Regierungen, sondern der Völker sind. Es genügt nicht, irgendwo nur die Regierungskreise zufriedenzustellen; es ist nötig, daß wir die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenzustellen. Der Krieg hat in ungeheurer Maße die Bevölkerung aller davon betroffenen Länder in Mitleidenschaft gezogen. Nun bitten diese Menschen einen Frieden zu schließen, der sie schützt. Wir haben daher die heilige Pflicht, dauerhafte Abmachungen zu treffen, die verbürgen, daß Gerechtigkeit geschieht und daß der Friede gesichert wird. Dies ist der Hauptzweck unserer Zusammenkunft.“

Nach Wilson erhob sich Lloyd George, um die Entschlüsse zu unterstützen. Er sagte: Ich würde durchaus nicht eingegriffen haben, aber ich habe das Bedürfnis, zu erklären, mit welcher Begeisterung das britische Volk hinter diesem Vorschlag steht. Hätte ich den geringsten Zweifel über den Wert dieses Völkerbundes gehabt, so wäre er verschwunden vor dem Schauspiel, das sich mit am letzten Samstag bot, als wir die Gegend besuchten, die noch vor wenigen Jahren eine der schönsten in einem sehr schönen war. Wir führen Stundenlang durch

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 27. Januar.

Ergänzung des Stadtrats. An Stelle des Fabrikanten Leopold...

(1) Feuerbestattung. Unter Teilnahme einer größeren Trauer...

! Von der Jagd. Die Schutzzeit für männliches und...

Wahrung der Interessen der Kriegsteilnehmer. Zur Versamm...

Protestversammlung gegen die Vergewaltigungen durch die Entente.

Karlsruhe, 27. Jan. Eine aus allen Kreisen der Bürger...

Herr Adler, Mitglied der badischen Nationalversammlung, et...

Als erster Redner des Abends ergriff Herr Minister Traut-Karlsruhe...

Das Wort und führte, nachdem er kurz die inneren Vorgänge seit dem...

Aufruf!

Die Lage unserer Kriegsgefangenen erfordert dringend Maßnahmen zu deren Befreiung und ebenf...

Berammung

in den ersten Tagen des Februar. Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen im...

Bachverein.

Probe erst Donnerstag, nicht Dienstag, Damen 8 Uhr, Herren 9 Uhr pünktl. 1275

Der Arbeitgeber-Verband Karlsruhe e. V.

ist gegründet und ins Vereinsregister eingetragen. Er will die Interessen der Arbeitgeber in Arbeit...

Sprechstundenzeit

geändert auf morgens 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 Uhr (auch Samstags). B50

Zahnarzt Dr. W. Koelitz

Fernsprecher 3052 - Kaiserstraße 174.

Aus dem Heeresdienst entlassen, mache ich hiermit die...

Praxis

in vollem Umfange wieder aufgenommen habe. B548

Ad. Hepling, Dentist

Karl-Friedrichstr. 17, II., am Rondellplatz.

Städtisches Konzert aus Karlsruhe.

Montag, den 27. Januar 1919, Konzertsaal Nr. 18.

Die Verschönerung des Fiesco zu Genua.

Trauerfeier in 5 Akten von Schiller. Anfang 7/6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

zu einem Frieden aufgelegt und ihn müssen wir daran mahnen, daß...

Das dürfte man von dem Feinde erwarten, daß man die Helben...

Man hat aber nicht nur das Land besetzt, sondern man hat die...

Man weiß, daß wir militärisch am Boden liegen, also Angst...

Wir protestieren gegen die Behandlung der Bevölkerung im...

Man hat jetzt 58 000 landwirtschaftliche Maschinen gefordert. Man...

Es gibt aber noch andere Dinge, die wir als Vergewaltigung an...

Was ist es, was wir uns wünschen. Wir wünschen, daß die...

wünscht weiß das deutsche Volk den Frieden geliebt und nie etwas...

Und dann haben wir einen letzten, noch einen ganz großen...

Präsident Wilson, wir sind Bundesgenossen auf dem Wege zum...

Minister Traut schloß: Das deutsche Volk will wieder alljährlich...

Als zweiter Redner sprach das Mitglied der Badischen National...

Entscheidung.

der die etwa 4000 anwesenden Personen ihre Zustimmung gaben:

- 1. Wir protestieren gegen die erprete Befehung von Teilen...

Wir verlangen die Freilassung, Bitterbund und Freilicht...

Herr Adler schloß die Versammlung mit einem: Esch auf unse...

UL Luxeum Lichtspiele

Kaiserstr. 168. Nur noch 2 Tage. Bruno Kastner

Der Galle-Stelvertreter. Lustspiel in 4 Akten mit 1161

In Sachen Marc Renard. Drama in 4 Akten. Hauptdarsteller: Heinrich Peer.

Kaiserstraße 17. Nur so lange Vorrat: Fertige u. handgeklöppelte...

Ausforderung zur Abgabe von Militärkleidungsstücken

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt. Höchst- und Richt-Preise.

Patentanwalt A. Ohnimus, Karlsruhe, Friedensstr. 18, part.

Geschäfts-Empfehlung. W. Kiby, Baubehälter und Installations-Gesellschaft.

Blindenarbeit! Durch reibebühler für Haushalt, Kommissionsbücher

Patentanwalt A. Ohnimus, Karlsruhe, Friedensstr. 18, part.

Geschäfts-Empfehlung. W. Kiby, Baubehälter und Installations-Gesellschaft.

Blindenarbeit! Durch reibebühler für Haushalt, Kommissionsbücher

Blindenarbeit! Durch reibebühler für Haushalt, Kommissionsbücher

Geschäftsempfehlung. Meine Geschäftstätigkeit von Essen in Karlsruhe...

Damen-Pelze = jeder Art = kaufen Sie wirklich preiswert

Täglich: Pferdefleisch. prima frisches Pferdefleisch. Albert Nothels, Pferdeschlächtere

Runde Papp-Dojen. Das neue 1249 Blusenhaus Weiss

Blusenhaus Weiss hat eine sehenswerte Auswahl in Crêpe de chiné Blusen

